



Integrationsausschuss

21. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

19. Juni 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 14:01 Uhr

Vorsitz: Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE)

Protokoll: Dr. Alexander Happ

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Schwarz-Grün darf Kommunen nicht im Stich lassen – das „Förderprogramm Südosteuropa“ muss weitergeführt werden** **5**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9160

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag aus der Obleuterunde, am 17. September 2024 eine Anhörung durchzuführen.

- 2 Mehrsprachigkeit an Schulen neu denken – Bildung und mehr Chancengleichheit für Kinder mit internationaler Familiengeschichte!** **6**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9158

¹ nichtöffentlicher Sitzungsteil mit TOP 7 siehe nöAPr 18/74

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag aus der Obleuterunde, sich nachrichtlich an einer für den 10. September 2024 im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung von Sachverständigen zu beteiligen.

3 Selbstbewirtschaftungsmittel im Einzelplan 07 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) **7**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2465
Vorlage 18/2697

– Wortbeiträge

4 Aktueller Sachstand zu Zugängen, Zuweisung, Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen in Nordrhein-Westfalen **8**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2695
Vorlage 18/2696

– Wortbeiträge

5 Bericht über die Delegationsreise des Integrationsausschusses vom 26. Mai bis 1. Juni 2024 nach Kanada **9**

Vorlage 18/2703

– mündlicher Bericht des Vorsitzenden

– Wortbeiträge

6 Verschiedenes (s. Anlage 2) **14**

a) Sitzungstermine 2025 **14**

Im Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen die in der Tischvorlage (Anlage 2) für das Jahr 2025 genannten Sitzungstermine.

b) Grundsatzbeschluss zum Livestreaming von Ausschusssitzungen 14

Im Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag aus der Obleuterunde, öffentliche Sitzungsteile ab sofort grundsätzlich im Internet per Livestream zugänglich zu machen.

* * *

1 Schwarz-Grün darf Kommunen nicht im Stich lassen – das „Förderprogramm Südosteuropa“ muss weitergeführt werden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9160

(Überweisung des Antrags an den Integrationsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 16.05.2024)

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag aus der Obleuterunde, am 17. September 2024 eine Anhörung durchzuführen.

2 Mehrsprachigkeit an Schulen neu denken – Bildung und mehr Chancengleichheit für Kinder mit internationaler Familiengeschichte!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/9158

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Integrationsausschuss am 15.05.2024)

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag aus der Obleuterunde, sich nachrichtlich an einer für den 10. September 2024 im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung von Sachverständigen zu beteiligen.

3 Selbstbewirtschaftungsmittel im Einzelplan 07 (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2465
Vorlage 18/2697

Volkan Baran (SPD) merkt an, dass etwaige, sich im Nachgang ergebene Fragen schriftlich gestellt würden.

4 Aktueller Sachstand zu Zugängen, Zuweisung, Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen in Nordrhein-Westfalen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2695
Vorlage 18/2696

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD) vermutet, dass die in den vergangenen Monaten stetig sinkende Auslastung der Landeseinrichtungen zu ihrer Entlastung beitrage. Aktuell liege die Belegungsquote bei 43 % in Erstaufnahmeeinrichtungen und bei 71 % in Zentralen Unterbringungseinrichtungen und Notunterkünften. Kommunen meldeten gleichwohl nach wie vor Belastungen. Sie wünsche zu erfahren, ob hierauf bei den Zuweisungen Rücksicht genommen werde, indem aufgrund der derzeitig geringeren Belegungsquoten Menschen länger in Landesunterkünften verweilten.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) antwortet, dass Menschen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in Landeseinrichtungen untergebracht würden. Eine Zuweisung in die Kommunen erfolge unabhängig vom Verfahrensstand erst nach Ablauf der Wohnverpflichtung, von Familien also nach spätestens 6, von alleinreisenden Erwachsenen nach spätestens 18 bzw. 24 Monaten. Allerdings müsse auch nach Abschluss des Asylverfahrens und Erteilung eines Aufenthaltstitels zugewiesen werden. Die momentan begrüßenswert zügigen Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sowie eine Quote von 55 % positiver Bescheide resultierten in einer entsprechenden rechtlichen Pflicht zur Zuweisung in die Kommunen.

Die Nachfrage von **Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)**, ob das BAMF dem Land zum Thema „Neuanträge und Entscheidungen“ lediglich gerundete Zahlen mitteile, wie es angesichts des vorliegenden Berichts erscheine, bejaht **MDgt'in Carola Holzberg (MKJFGFI)** und führt aus, dass eine dementsprechende Darstellung der mitgeteilten Zahlen erfolge.

5 Bericht über die Delegationsreise des Integrationsausschusses vom 26. Mai bis 1. Juni 2024 nach Kanada

Vorlage 18/2703

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Unsere Reise nach Kanada – ich war als Ausschussvorsitzender Mitglied der Delegation – liegt jetzt schon ein paar Tage zurück. Ein Reisebericht ist den Ausschussmitgliedern allerdings schon im Vorfeld der heutigen Sitzung zugegangen.

Wir waren fünf Tage lang unterwegs, und es war eine sehr eindrückliche Reise. Wir waren in Montreal, Ottawa und Toronto und haben uns während mehr als 20 verschiedenen Terminen mit Institutionen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Regierungsbehörden auch über die Besonderheiten der Provinz Quebec im Vergleich zu allen anderen kanadischen Provinzen ausgetauscht.

Dort gibt es ein Ministerium für Integration und Französisierung, um die französische Sprache hochzuhalten. Das fand ich sehr eindrücklich. Gleiches gilt für die innerstaatlichen Konflikte, die damit verbunden sind, dass ein Bundesland – so will ich es einmal nennen – sehr stark darauf pocht, die eigene Geschichte weiter hochzuhalten. Das führt natürlich auch zu Konflikten innerhalb des Landes, zum Beispiel dadurch, dass Berufsabschlüsse, die in einer Provinz gültig sind, es in einer anderen nicht sind. Ein Elektriker bzw. eine Elektrikerin – egal ob mit oder ohne Migrationsgeschichte – muss dementsprechend neue Prüfungen ablegen. Das fand ich sehr interessant.

Ein Highlight war die gemeinsame Sitzung mit dem Integrationsausschuss des kanadischen Parlaments. Wir haben dort mit den Vertretern und Vertreterinnen diskutiert und so die offensichtlichen Unterschiede zwischen Regierung und Opposition im Rahmen der Integrationspolitik dargelegt bekommen.

Wir konnten sehen, dass vor Ort nicht alles glänzend ist, was in Bezug auf Kanada in Deutschland positiv wahrgenommen wird. Die Einwanderungspolitik bzw. das Punktesystem, das wir in Deutschland mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht in Teilen gewissermaßen adaptiert haben, muss dort wieder überarbeitet werden. Im Moment ist es so, dass Menschen einwandern dürfen, wenn sie die Hürden in Form eines eineinhalb- bzw. zweijährigen Prozesses überstehen. Das heißt allerdings nicht zwingend, dass sie einen Job haben. Viele enden als Taxi- oder Uber-Fahrer, weil das weitere Prozedere im Land nicht funktioniert. Das ist sicherlich ein Punkt, auf den wir achten müssen, damit das besser angepasst wird und die Menschen auch tatsächlich ihren Qualifikationen entsprechend Jobs bekommen bzw. eingesetzt werden.

Deutlich wurde auch, dass die kanadische Gesellschaft zum Beispiel im Hinblick auf den Wohnungsmarkt vor ähnlichen Problemen steht wie unsere. Dort herrscht eine sehr hohe Obdachlosigkeit, und zwar in viel größerem und erschreckenderem Maße, als es sie hier gibt. Das war zumindest in den drei Städten, in denen wir gewesen sind, sehr auffällig. Die Bauaktivitäten dort sind ähnlich wie in Deutschland im Moment sehr zurückhaltend.

Die kanadische Gesellschaft steht vor der Herausforderung im Fluchtbereich, dass es dort zwei Ebenen gibt. Auf der einen Seite werden Resettlement-Programme organisiert, mit denen Menschen über die UN nach Kanada kommen. Das funktioniert gut. Die Menschen haben dann die Möglichkeit, vor Ort zu arbeiten, und bekommen auch die soziale Unterstützung, die sie brauchen.

Wo es derzeit sehr stark hakt – da sind wir in Deutschland wesentlich besser aufgestellt –, ist das ganze Asylsystem. Die kanadische Gesellschaft hat in den Jahren bis ungefähr 2021 zwischen 10.000 und 15.000 geflüchtete Asylbewerberinnen und -bewerber pro Jahr und damit einen sehr geringen Prozentsatz zu verzeichnen gehabt. Allerdings ist die Zahl in den vergangenen zwei Jahren bzw. 2023 auf 140.000 gestiegen. Proportional zur Bevölkerung Kanadas betrachtet, ist das eine mit Deutschland vergleichbare Quote: 40 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Kanada stehen gut 80 Millionen bei uns gegenüber. Die Zahlen sind also ähnlich hoch.

Allerdings funktioniert die Verteilung nicht. Es gibt keine staatlichen Strukturen, um diese Geflüchteten zu betreuen bzw. zu unterstützen. Das wird sehr stark auf zivilgesellschaftliche Organisationen abgewälzt, die einen super Job machen, indem sie Wohnungsprogramme bereitstellen und versuchen, die Menschen direkt in den Job zu bringen.

Das ist ein wichtiger Punkt: Die Menschen, die nach Kanada kommen, können ab dem ersten Tag arbeiten. Das ist das Entscheidende, um Integration zu ermöglichen, und gilt selbst dann, wenn es nicht der Job ist – das hatte ich eben gesagt –, für den sie gekommen sind. Sie dürfen sofort arbeiten und sich ihr Lebensumfeld selbst gestalten. Das trägt sicherlich auch dazu bei, dass die Menschen schneller ankommen und Teil der kanadischen Gesellschaft werden.

Ein signifikanter Vorteil von Kanada ist natürlich, dass 70 % der Menschen, die egal über welches Programm dorthin kommen, eine der zwei Landessprachen sprechen. Wir in Deutschland und allgemein Europa mit der Vielzahl an verschiedenen Sprachen haben da sicherlich einen größeren Nachteil. Wer kommt schon aus welchen Gründen auch immer nach Deutschland und kann bereits so gut Deutsch, dass er automatisch am Arbeitsmarkt und überall sonst teilnehmen kann? Das sind die wenigsten.

Thorsten Klute (SPD): Herr Vorsitzender, vielen Dank für den Bericht. Mein Dank geht auch an den Ausschussassistenten und an die gesamte Landtagsverwaltung für die Vorbereitung und Durchführung der Informationsfahrt. Das war ausgezeichnet.

Ich fand sehr beeindruckend, wie aufgeschlossen die kanadische Gesellschaft insgesamt dem Thema „Einwanderung“ gegenübersteht. Von links bis weit konservativ ist allen klar: Die kanadische Gesellschaft braucht Einwanderung. – Kanada hat, obwohl es flächenmäßig deutlich größer ist, nicht halb so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie Deutschland, und holt gezielt Jahr für Jahr 500.000 Menschen in das Land. Es definiert das auch recht gut bzw. sehr genau und sagt: Ohne das können wir nicht mehr miteinander klarkommen und uns nicht weiterentwickeln. Wir sind ein Einwanderungsland. Wir sind alle Kanadierinnen und Kanadier. – Das bezweifelt auch niemand. Niemand, keine auch nur ansatzweise nennenswerte politische oder gesellschaftliche Kraft, pöbelt gegen Einwanderung oder gegen Einwanderinnen und Einwanderer oder

stellt irgendetwas in Richtung Einwanderung infrage. Es ist sehr wohltuend, zu sehen, dass die kanadische Gesellschaft insgesamt weiß: Wir brauchen Einwanderung, also machen wir das Beste draus.

Es war gut, in der Praxis vor Ort zu sehen, was es heißt, wenn man Einwanderung aus geografischen Gründen sehr viel besser steuern kann, als wir das tun. Es ist unmöglich, auf einem Schlauchboot von Afrika nach Kanada zu fahren; das geht nicht. Wir sind sehr nah an den Krisen und Kriegsregionen der Welt dran – sehr viel näher, als man das in Kanada ist. Deswegen hat es Kanada an vielen Stellen einfacher, mit vom UNHCR gesteuerten Resettlement-Programmen auf sehr hohem Niveau sehr viel Gutes zu tun und nicht nur auf Fachkräfteeinwanderung zu setzen. Das ist beeindruckend zu sehen, wie sie das dort tun. Sie haben geografisch bessere bzw. einfachere Voraussetzungen, weil die entscheidende Migrationsgrenze auf dem amerikanischen Kontinent eben nicht zwischen den USA und Kanada, sondern zwischen Mexiko und den USA verläuft.

Wir können daraus einige Schlüsse ziehen. Ich habe mitgenommen, wie wichtig es ist, für ein gutes Klima gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern zu sorgen, und wie gemeinschaftsschädlich es ist, wenn man genau das Gegenteil tut. – Herzlichen Dank noch einmal für die Durchführung der Fahrt.

Gönül Eglence (GRÜNE): Ich fand diese Ausschussreise sehr erkenntnisreich. Aus meiner Sicht sind mehrere Sachen passiert. Das eine ist ein bisschen die Entzauberung Kanadas als das Wunderland zum Thema „Einwanderung“. Die machen schon sehr viel richtig – Herr Klute und der Vorsitzende haben bereits dazu berichtet –, allerdings ist es natürlich eine andere, bequemere Voraussetzung, sich seine Einwander*innen-Zielgruppe allein durch die Tatsache, dass man attraktiv ist, gewissermaßen auswählen zu können.

Ich hatte das in einer meiner Plenarreden in der vergangenen Woche schon gesagt: Deutschland bekleidet Platz 49 von 53 unter den von Expats bevorzugten Auswanderungsländern. Das bedeutet, dass wir erst einmal für uns selbst werben müssten, bevor wir ans Aussuchen gehen.

Ich will meinen Beitrag nicht so lang werden lassen; ich habe ein paar Sachen, die ich besonders mitnehme.

Das eine ist, dass wir im Vergleich zu Kanada – so ist mein Eindruck – häufig technische Lösungen für adaptive Probleme suchen. Das bedeutet: In Kanada ist es vor allem eine Handlungsfrage, dass Menschen, die ab Tag 1 der Antragstellung auf jedwede Form von Aufenthalt, sei es Asyl, als Studierende für einen Temporary Permit oder als sogenannte Arbeitsmigrant*innen für einen Permanent Permit – egal wer, egal was für ein Antrag –, und nicht erst mit Klärung des Status Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung für die Kinder, die unter Umständen mit dabei sind, und zu allen Integrationsmaßnahmen bzw. Angeboten, die es womöglich egal in welchem Bundesland gibt, gewährt wird. Das macht einen riesigen Unterschied beim Ankommen der Leute aus.

Man spricht von „Settlement“ und nicht von „Integration“, also von „Ansiedlung“; es sind Newcomer*innen und damit zukünftige Kanadier*innen. Am Ende des Tages geht es

darum, dass alle ankommenden Menschen unabhängig von ihrem Status – also auch solche mit ungeklärtem Status – die Staatsbürgerschaft annehmen können, nachdem sie drei Jahre lang als Steuerzahler*innen registriert waren.

Dazu ein kleiner Funfact, den ich interessant fand und überhaupt nicht auf dem Schirm hatte: Alle deutschen Staatsbürger*innen, die wir in Kanada getroffen haben, haben sich sehr über das neue Staatsangehörigkeitsgesetz gefreut, weil sie endlich ohne eine Ausnahmegenehmigung mit einer Beibehaltungsgenehmigung – jetzt ist ja auch eine Mehrstaatlichkeit möglich – neben ihrer deutschen Staatsbürgerschaft auch Kanadierinnen und Kanadier werden können. Mir war überhaupt nicht bewusst, wie sehr das auch von deutschen Staatsbürger*innen im Ausland nachgefragt werden würde.

Ich habe noch einen Punkt für unsere Arbeit hier mitgenommen. Was die Kanadier*innen wirklich gut machen, ist der Aussuchprozess. Sobald die Leute aber dann da sind, ist die staatliche Steuerung auf die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen begrenzt. Das machen sie anscheinend auch, aber nicht auskömmlich. Alle haben gesagt, sie bräuchten mehr Geld – wie das immer so ist. Ich glaube, wir machen das besser, indem wir auch eine staatliche Steuerung mit einbringen und das aufteilen, sodass es eben nicht nur davon abhängt, ob und wie zivilgesellschaftliche Organisationen Bedarfe erkennen und auch Ressourcen haben, um diese zu befriedigen.

Wir müssen uns aber auf jeden Fall merken, dass zivilgesellschaftliche Integrationsarbeit trotzdem wichtig ist, weil sie, anders als staatlich organisierte, schneller in der Entwicklung und auch in der Umsetzung von neuen Konzepten ist. Das können die einfach besser als wir. Insofern halte ich unseren Ansatz, daraus eine Mischung zu machen, für gut; wir könnten ihn allerdings noch optimieren.

Noch ein Satz zu Ausländerbehörden. Kein Mensch, der in irgendeiner Form nach Kanada einreist, muss eine Ausländerbehörde betreten; alles wird online gemacht. Zwar werden auch dort noch ein paar Dinge nachjustiert, aber vom Prinzip her ist der Gedanke: Wenn es um die Entlastung der Ausländerbehörden bei uns geht, dann ist das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Fabian Schrumpf (CDU): Wenn sich jetzt alle Fraktionen, die teilgenommen haben, zu Wort melden, will ich das für die CDU-Fraktion natürlich auch gerne tun.

Es wurde sehr viel gesagt, was man jetzt nicht ergänzen muss. Es liegt wohl in der Natur der Sache, dass man mit gewissen Erwartungshaltungen dahin fährt, die man mehr oder weniger bestätigt sieht, und dass man natürlich auch subjektive Eindrücke gewinnt, die bei uns in Nuancen von denen meiner Vorrednerin und meinen Vorrednern abweichen. Das ist aber nicht der Ort, um das zu diskutieren.

Was gab es an zusätzlichem Erkenntnisgewinn, den ich nicht vorenthalten möchte? Ich fange damit an, dass Halifax ein langweiliges Rollfeld hat.

(Heiterkeit)

Außerdem gibt es tatsächlich Bahnsysteme, die schlechter organisiert sind als die Deutsche Bahn. Wenn man aus Deutschland kommt – ich will nicht sagen, dass es

wohltuend ist –, dann rückt das einiges zurecht. Weiterhin hat Kanada offensichtlich einen charismatischeren Regierungschef als wir,

(Heiterkeit)

und es ist verdammt schwierig, unser System der öffentlichen Wohnraumförderung auf Englisch zu erklären.

(Heiterkeit)

Das kann an meinen Sprachkenntnissen oder aber auch am System liegen; das mag jeder für sich beantworten.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich dem Dank anzuschließen. Über die Landtagsverwaltung hinaus danke ich natürlich auch allen, die in der Gruppe dabei waren. Wir waren eine gute Truppe, die viele Erkenntnisse und Erfahrungen gewonnen hat. So kann es weitergehen.

Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser: Zur Aufklärung für diejenigen, die diese Geschichte noch nicht mitbekommen haben: Der Rückflug war etwas komplizierter, da wir aufgrund eines Notfalls in Halifax landen mussten und dann manche anstatt 8 Stunden bis zu 18 Stunden unterwegs waren. Das war eine größere Herausforderung, aber es sind alle wohlbehalten zurückgekommen, und das ist das Wichtigste.

(Sascha Lienesch [CDU]: Die Koffer auch!)

Herzlichen Dank noch einmal von meiner Seite!

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Mir war es wichtig, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, da für solche Ausschussreisen, wohin sie auch gehen, eine Menge öffentliche Mittel genutzt werden. Deswegen ist es aus meiner Sicht gut und richtig, das nicht nur auf Papier zu den Akten zu legen, sondern auch denjenigen, die aus welchen Gründen auch immer nicht haben teilnehmen können, zumindest ein paar mündliche Berichte zukommen zu lassen und deutlich zu machen, warum es notwendig und gut gewesen ist, diese Fahrt zu unternehmen. – Herzlichen Dank an alle, die dabei waren!

6 Verschiedenes (s. Anlage 2)

a) Sitzungstermine 2025

Im Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen die in der Tischvorlage (*Anlage 2*) für das Jahr 2025 genannten Sitzungstermine.

b) Grundsatzbeschluss zum Livestreaming von Ausschusssitzungen

Vor dem Hintergrund mehrfacher Bitten seitens von Wohlfahrtsverbänden, auch ohne Anreise den Diskussionen im Ausschuss folgen wollen zu können, informiert **Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser** über eine Anregung aus der Obleuterunde, die Sitzungen des Integrationsausschusses grundsätzlich als Livestream im Internet zu veröffentlichen.

Nach einem Beschluss des Ältestenrats würden Anhörungen grundsätzlich per Livestream im Internet übertragen und aufgezeichnet. Dies könne darüber hinaus auch für alle anderen öffentlichen Teile von Ausschusssitzungen gelten, falls dies von zwei Fraktionen bei der erstmaligen Benennungsherstellung zur Tagesordnung einer Sitzung beantragt oder falls im betreffenden Ausschuss ein entsprechender Grundsatzbeschluss gefasst werde.

Auf die Frage von **Gönül Eğlence (GRÜNE)**, ob analog zum Vorgehen bei Plenarsitzungen auch Livestreams von Ausschusssitzungen durch Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetscher begleitet werden könnten, antwortet **Vorsitzender Dr. Gregor Kaiser**, diese Möglichkeit prüfen zu lassen.

Im Ausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag aus der Obleuterunde, öffentliche Sitzungsteile ab sofort grundsätzlich im Internet per Livestream zugänglich zu machen.

(Es folgt ein nichtöffentlicher Sitzungsteil; siehe nöAPr 18/74.)

gez. Dr. Gregor Kaiser
Vorsitzender

2 Anlagen

30.06.2024/01.07.2024



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

VOLKAN BARAN Mdl
Sprecher für Integration

T 0211 884-2029
Volkan.baran@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
www.spd-fraktion-nrw.de

An den
Vorsitzenden des Integrationsausschusses
Herrn Dr. Gregor Kaiser Mdl
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

07.06.2024

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Integrationsausschusses am 19.06.2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzende,

für die Sitzung des Integrationsausschusses am 19.06.2024 bitte ich für meine Fraktion um folgenden schriftlichen Bericht:

Selbstbewirtschaftungsmittel im Einzelplan 07

In Vorlage 18/2465 des Ministeriums der Finanzen für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 18.04.2024 gab das Ministerium unter Frage 11 an, keine zentrale Aufstellung über die Entwicklung von Selbstbewirtschaftungsmitteln zur Verfügung stellen zu können. In der Beratung der Vorlage in der Ausschusssitzung am 18.04.2024 verwies Finanzminister Dr. Optendrenk auf die Entscheidungsfreiheit der einzelnen Ministerien und dass sein Haus einige Fragen einfach nicht beantworten könne, da sie nicht seiner Aufsicht unterlägen.

Vor dem Hintergrund der Intransparenz der Ausweisung von Selbstbewirtschaftungsmitteln und ihrer Bestände im aktuellen Haushalt möchte ich das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration um einen schriftlichen Bericht bitten.

Ich bitte die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. In welcher Höhe sind Selbstbewirtschaftungsmittel im Einzelplan 07 diesen Ausschuss betreffend im Haushaltsjahr 2024 vorgesehen?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



2. Bitte um Aufstellung der Entwicklung der Mittel von 2013 bis 2023.
3. Wie hoch ist der Mittelabfluss der Selbstbewirtschaftungsmittel im Einzelplan 07 diesen Ausschuss betreffend?
4. Wurden die Selbstbewirtschaftungsmittel im laufenden Haushaltsjahr gekürzt oder gestrichen, wenn ja in welcher Höhe und in welchen Titeln?
5. Wer sind die Empfänger der Selbstbewirtschaftungsmittel?
6. Falls Empfänger von Selbstbewirtschaftungsmitteln von einer Kürzung oder Streichung dieser Mittel betroffen waren, wann und in welcher Weise wurden sie über die Kürzung oder Streichung der Mittel informiert?
7. In welcher Höhe bestehen vertragliche oder sonstige Verpflichtungen über die Selbstbewirtschaftungsmittel?

Mit freundlichen Grüßen

Volkan Baran MdL

Sitzungen des Integrationsausschusses im Jahr 2025

Tischvorlage für die Sitzung des Integrationsausschusses am 19. Juni 2024

Terminplan 2025 - 1. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Januar			1	2	3	4	5	Weihnachtsferien bis 06.01 sitzungsfrei
	6)	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	13	14	15	16	17	18	19	Sitzungswoche
	20	21	(22)	23	24	25	26	Sitzungswoche 22.01.25
Februar	27	28	29	30	31	1	2	Sitzungswoche
	3	4	(5)	6	7	8	9	Sitzungswoche 05.02.25
	10	11	12	13	14	15	16	Sitzungswoche
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
März	24	25	26	27	28	1	2	Sitzungsfrei
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	Sitzungswoche
	17	18	(19)	20	21	22	23	Sitzungswoche 19.03.25
	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche
April	31	1	2	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	(9)	10	11	12	13	Sitzungswoche 09.04.25
	(14	15	16	17	18	19	20	Osterferien 14.04. - 26.04. sitzungsfrei
	21	22	23	24	25	26)	27	sitzungsfrei
Mai	28	29	30	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	16	17	18	Sitzungswoche
	19	20	21	22	23	24	25	Sitzungswoche
Juni	26	27	(28)	29	30	31	1	Sitzungswoche 28.05.25
	2	3	4	5	6	7	8	06.06. Feierstunde 75 Jahre Landesverfassung NRW
	9	(10)	11	12	13	14	15	Pfingstferien 10.06. sitzungsfrei
	16	17	18	19	20	21	22	Sitzungswoche
	23	24	25	26	27	28	29	Sitzungswoche
Juli	30	1	(2)	3	4	5	6	Sitzungswoche 02.07.25

- = Ältestenrat
- = Plenarsitzungstage
- () = Schulferien
- = Bundesrat

Terminplan 2025 - 2. Jahreshälfte -

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
August	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	(14	15	16	17	18	19	20	Sommerferien 14.07.-26.08. sitzungsfrei
	21	22	23	24	25	26	27	sitzungsfrei
	28	29	30	31	1	2	3	sitzungsfrei
	4	5	6	7	8	9	10	sitzungsfrei
	11	12	13	14	15	16	17	sitzungsfrei
	18	19	20	21	22	23	24	sitzungsfrei
September	25	26)	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	(10)	11	12	13	14	Sitzungswoche 10.09.25
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
Oktober	22	23	24	25	26	27	28	Sitzungswoche
	29	30	(1)	2	3	4	5	Sitzungswoche 01.10.25 (Bedarfstermin)
	6	7	8	9	10	11	12	Sitzungswoche
	(13	14	15	16	17	18	19	Herbstferien 13.10.-25.10. sitzungsfrei
November	20	21	22	23	24	25)	26	sitzungsfrei
	27	28	(29)	30	31	1	2	Sitzungswoche 29.10.25
	3	4	5	6	7	8	9	Sitzungswoche
	10	11	(12)	13	14	15	16	Sitzungswoche 12.11.25
	17	18	19	20	21	22	23	Sitzungswoche
Dezember	24	25	26	27	28	29	30	Sitzungswoche
	1	2	3	4	5	6	7	Sitzungswoche
	8	9	(10)	11	12	13	14	Sitzungswoche 10.12.25
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
Januar	(22	23	24	25	26	27	28	Weihnachtsferien 22.12.-06.01. sitzungsfrei
	29	30	31	1	2	3	4	sitzungsfrei